

3. Waffenlieferungen an Israel

Angesichts der Vorwürfe durch Amnesty International und die UN (<https://unric.org/de/un-sonderberichterstatterin-wirft-israel-voelkerrechtsverstoesse-vor/>) bezüglich Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen:

Frage: *Werden Sie im Bundestag darauf hinwirken, dass keine weiteren Waffen an Israel geliefert werden und bestehende Genehmigungen für Waffenlieferungen unverzüglich überarbeitet oder gestoppt werden?*

Lina Seitzl, SPD:

Die aus der deutschen Staatsräson entstehende, unerschütterliche Verbindung und Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel umfasst auch militärische Unterstützung. Deshalb hat Deutschland auch nach dem 7. Oktober Waffen geliefert. Die Anträge auf Exportgenehmigungen werden innerhalb der Bundesregierung von verschiedenen Ministerien geprüft. Die Anforderungen, die sich die Bundesregierung auferlegt hat, sind strenger als die im Völkerrecht vorgesehenen. Im Zusammenhang mit der Klage Nicaraguas hat die deutsche Delegation im April 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof aufgeführt, dass 98 Prozent der nach dem 7. Oktober 2023 erteilten Genehmigungen keine Kriegswaffen betreffen, sondern andere militärische Ausrüstung. 25 Prozent dieser militärischen Ausrüstung sind für eine spätere Wiedereinfuhr zur Verwendung durch die Bundeswehr bestimmt. Zudem stammen zwei Drittel der Anträge aus der Zeit vor dem 7. Oktober 2023. Die vorliegenden Anträge wurden nach dem 7. Oktober 2023 priorisiert, sodass 80 Prozent der gesamten Waffenlieferungen 2023 im Oktober genehmigt wurden. Tatsächlich wurden seit Oktober 2023 nur vier Genehmigungen für Kriegswaffen erteilt, von denen drei Test- oder Übungsausrüstung betreffen. Die letzte Genehmigung betrifft ein U-Boot, das noch nicht für den Export zugelassen ist.

Jessica Tatti, BSW:

Das BSW im Bundestag fordert mit Anträgen einen Waffenstopp gegenüber Israel. Leider verhindern dort bisher alle anderen Parteien von Grünen bis AfD und einschließlich der Linken eine Aufsetzung und Abstimmung dieser Anträge.

Mera25:

Als MERA25 setzen wir uns für einen sofortigen Stopp von Waffenlieferungen an Israel in allen Formen ein. Der Angriff Israels muss unverzüglich gestoppt werden, um die Voraussetzungen für eine dauerhafte Waffenruhe und den Austausch aller Geiseln, nämlich sowohl die 116 israelischen als auch die ca. 9500 palästinensischen, die laut Addameer ohne Anklage in israelischen Gefängnissen verharren, zu gewährleisten. Eine Absicherung von Israel seitens Deutschlands, deutsche Waffen würden nicht für den Genozid verwendet werden, bildet weder

eine rechtliche noch eine moralische Absicherung Deutschlands, sondern sind eine Bankrotterklärung des deutschen Gerechtigkeitsverständnisses.

Rosa Buss, B90/Grüne:

Waffenexporte werden nach geltendem EU-Recht immer einzelfallspezifisch und mehrstufig geprüft. Zu Bedenken ist hierbei jedoch, dass jede Lieferung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen muss. Zuletzt forderte sogar die nun verabschiedete US-Regierung mithilfe eines Ultimatums eine Verbesserung der humanitären Lage in Palästina. Andernfalls drohte sie mit einem Stopp weiterer Waffenexporte. Dieses Ultimatum unterstützten auch die Ampelparteien. Im Hinblick auf die Bedrohungen Israels durch beispielsweise den Iran, die Hisbollah oder die Hamas verweist die deutsche Außenministerin jedoch zurecht auf die „Kraft der Differenzierung“. Weitere Genehmigungen müssen aus unserer Sicht aber im Hinblick auf die oben genannten Kontrollen kritisch geprüft werden.

Lars Hoffmann, Die Linke:

Natürlich! Als Linke lehnen wir Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ja schon prinzipiell ab. Aber an einen Staat, dem gegenüber der begründete Verdacht eines Völkermords besteht, sollten sie sich auch jenseits einer pazifistischen Grundhaltung von selbst verbieten.

MLPD:

Ja. Die Debatten im Bundestag würde von uns genutzt werden, die imperialistische und zionistische Politik Israels zu entlarven. Dabei haben wir nicht die Illusion, dass sich diese Position durch gute Argumente im bürgerlichen Parlament durchsetzt, wir würden diese Debatte nutzen, auch die Bevölkerung aufzufordern, den berechtigten Befreiungskampf der Palästinenser zu unterstützen.